№ 28. **Provinzial-Correspondenz.** 13. Juli 1870.

Achter Jahrgang.

Frankreichs Verhalten in der spanischen Frage.

Die Geduld des deutschen Volkes ist durch die Behandlung, welche die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern für den spanischen Thron in Frankreich erfahren hat, auf eine schwere Probe gestellt worden; aber so groß die Geduld war, so tief ist auch die gerechte Entrüstung über den beleidigenden, selbst drohenden Ton, der jenseits des Rheins bei dieser Gelegenheit angeschlagen worden ist. Wenn man der Tagespresse in Zeiten der Erregung eine schroffe und verletzende Sprache allenfalls zu Gute hält, so dürfte man doch von einem Mann, wie dem Herzog von Gramont, welcher als der auswärtige Minister eines großen Landes die Gewohnheit oder die Fähigkeit haben sollte, schwierige politische Fragen mit Schonung zu behandeln, erwarten, daß er auch im gegenwärtigen Falle die Sache mit größerer internationaler Vorsicht und Rücksichtnahme angefaßt hätte.

Wäre wirklich ein überwiegendes französisches Interesse durch die Kandidatur des hohenzollernschen Prinzen verletzt worden, so wäre bis zum 6. Juli für Frankreich Nichts leichter gewesen, als die guten Dienste irgend einer befreundeten Macht, vielleicht grade Preußens in vertraulicher Weise in Anspruch zu nehmen, um den Versuch zu machen, die thatsächlichen Verhältnisse mit den Interessen Frankreichs womöglich in Einklang zu bringen. Der Weg dagegen, welchen der Herzog von Gramont eingeschlagen hat, die im diplomatischen Verkehr und im Munde eines auswärtigen Ministers unerhörte Färbung der von ihm beliebten Sprache müssen in den Gefühlen des deutschen Volkes eine tiefe und ernste Verstimmung begründen.

Man hat in Deutschland bis zum letzten Augenblicke an eine ernste Kriegsgefahr nicht glauben mögen, weil in der That die Frage dazu nicht angethan schien. Man durfte bei uns zunächst der Meinung sein, daß der Prinz von Hohenzollern, der ein naher Verwandter des französischen Kaiserhauses ist, während er mit dem preußischen Königshause nur eine Namenverwandtschaft hat, daß namentlich sein Vater, welcher mit dem Kaiser der Franzosen von alter Zeit her in engen persönlichen Beziehungen stand, wohl wissen mußte, wie Frankreich sich zu der Kandidatur stellen würde, — daß ferner die spanische Regierung, welche die Sache vor Allem anging, sich der Auffassung Frankreichs versichert haben würde.

Die preußische Regierung als solche ist, wie auch den Vertretern in Deutschland mitgetheilt worden, der ganzen Angelegenheit vollständig fremd geblieben; selbst Se. Majestät der König ist nach den Hausgesetzen nicht in der Lage, den Mitgliedern des Fürstlich hohenzollernschen Hauses zur Annahme einer fremden Krone die Erlaubniß zu ertheilen oder zu versagen. Der preußische Staat und der König haben daher mit der Sache selbst Nichts zu schaffen gehabt: alle Entscheidung und Verantwortung ruhte von vorn herein ausschließlich bei der spanischen Regierung und bei dem Prinzen von Hohenzollern selbst.

Es war daher eine völlig ungereimte Zumuthung von französischer Seite, daß Se. Majestät der König oder vollends die preußische Regierung dem Prinzen von Hohenzollern die Annahme der spanischen Krone untersagen sollte. Beide hatten dazu kein Recht, da Prinz Leopold, welcher 35 Jahre zählt, großjährig ist, und sich aller der Rechte persönlicher Selbstständigkeit erfreut, welche die Verfassung ihm so gut, wie jedem anderen Staatsangehörigen gewährleistet. Der König konnte mithin gar nicht in die Versuchung kommen, dem von französischer Seite an ihn erhobenen Anspruch zu genügen.

Wenn inzwischen von Madrid über Paris die Nachricht eingetroffen ist, daß der Fürst von Hohenzollern, der Vater des Erbprinzen Leopold, der spanischen Regierung die Mittheilung von der Verzichtleistung desselben auf die Thronbewerbung gemacht habe, so hat der Prinz bei dieser Ablehnung ebenso innerhalb seiner selbstständigen persönlichen Berechtigung gehandelt, wie bei der vorherigen Annahme. Welche Erwägungen ihn dabei geleitet haben, das entzieht sich für jetzt der näheren Kenntniß und Betrachtung.

Ob die französische Erregung gegen Preußen durch diese Entschließung des Prinzen, welcher, so hochgestellt er ist, doch eben nur ein Privatmann ist, beschwichtigt sein wird, das muß der weitere Erfolg lehren. Deutschland ist glücklicher Weise in der Lage, diesen Erfolg ruhig abwarten und den Entschließungen jedes seiner Nachbarn, wer es auch sei, ohne sonderliche Besorgniß entgegensehen zu können.

Sollte aber auch in Paris die bisherige Aufwallung einer ruhigeren Auffassung Platz machen, so wird doch in Deutschland auf lange Zeit der Eindruck nicht zu verwischen sein, den diese plötzliche drohende und beleidigende Haltung unserer Nachbarn hinterlassen hat. Es wird schwer sein, das Vertrauen auf gute nachbarliche Verhältnisse und den Glauben an den guten Willen der jetzigen französischen Regierung auf Erhaltung des Friedens wiederherzustellen, nachdem die Versicherungen, welche dieselbe Regierung am 30. Juni dieses Jahres gegeben, daß der Friede niemals gesicherter gewesen, als gerade jetzt, nach kaum 8 Tagen in so auffälliger und befremdlicher Weise verleugnet worden sind. Es kann nicht fehlen, daß alle die beunruhigenden Gerüchte, welche den Eintritt des Herzogs von Gramont ins Ministerium begleiteten, mit einem starken Anspruch auf Glaubwürdigkeit wieder aufleben; der Schaden aber, welchen die Wohlfahrt friedlicher Bevölkerungen durch solche Anwandelungen, wie die der letzten Woche erleidet, kann leider so schnell nicht verwachsen, wie er bereitet wird.

Die Erklärungen der französischen Minister.

Die Erklärung, welche der Herzog von Gramont auf die im gesetzgebenden Körper gestellte Interpellation über die Hohenzollernsche Kandidatur abgab, lautete wie folgt:

»Marschall Prim hat in der That dem Prinzen Leopold von Hohenzollern die Krone Spaniens angeboten und letzterer hat sie angenommen, aber das spanische Volk hat sich noch nicht ausgesprochen und wir wissen auch noch nichts von den wirklichen Einzelheiten einer Unterhandlung, die uns bis jetzt verborgen war. Auch eine Erörterung würde jetzt kein praktisches Resultat haben. Wir bitten Sie, dieselbe hinauszuschieben.

Wir haben nicht aufgehört, der spanischen Nation unsere Sympathien zu bezeigen und alles zu vermeiden, was den Schein hätte haben können, als wollten wir uns irgendwie in die inneren Angelegenheiten einer edlen und großen Nation einmischen, die in voller Ausübung ihrer Souveränetät ist. In Bezug auf die verschiedenen Kronbewerber sind wir nicht aus der strengsten Neutralität hinausgegangen und haben für keinen derselben jemals weder Vorliebe noch Abneigung bezeigt. Wir werden dieses Benehmen auch ferner beobachten.

Aber wir glauben nicht, daß die Achtung vor den Rechten eines Nachbarvolkes uns verpflichtet, zu dulden, daß eine fremde Macht einen ihrer Prinzen auf den Thron Karl's V. setzt und dadurch zu unserem Schaden das gegenwärtige Gleichgewicht der Mächte Europa's in Unordnung bringen und die Interessen und die Ehre Frankreichs gefährden könnte. Dieser Fall wird nicht eintreten; dessen sind wir ganz gewiß. Damit er nicht eintrete, zählen wir zugleich auf die Weisheit des deutschen und auf die Freundschaft des spanischen Volkes. Sollte es anders kommen, so würden wir, stark durch Ihre Unterstützung, meine Herren, und durch die der Nation, unsere Pflicht ohne Zaudern und ohne Schwachheit zu erfüllen haben.«

Diese Aeußerung, welche der größte Theil der Versammlung mit stürmischem Beifall begleitete, wurde in dieser alsbald als eine offene Ankündigung des Krieges gedeutet. Der Minister Ollivier, welcher als die Seele des jetzigen Ministeriums gilt, fügte demzufolge den Worten seines Kollegen hinzu:

»Es ist nichts definitiv, ich kann die Behauptung nicht zulassen, daß die Regierung, indem sie offen und deutlich ihre Meinung über eine Lage ausdrückt, welche die Sicherheit und Macht Frankreichs berührt, den Weltfrieden in Gefahr brächte. Meine Meinung ist, daß sie das einzige Mittel, welches übrig bleibt, anwendet, um ihn zu befestigen; denn so oft Frankreich sich bei Vertheidigung eines legitimen Rechts fest zeigt, ohne das Maß zu überschreiten, kann es auf die moralische Unterstützung und Billigung Europas rechnen. Ich bitte also die

Mitglieder dieser Versammlung, ich bitte die Nation, überzeugt zu sein, daß sie sich nicht vor verkappten Vorbereitungen zu einer Aktion befinde, auf welche wir auf Schleichwegen zuschreiten; wir sagen unsere Gedanken ohne Rückhalt; wir wollen keinen Krieg, wir suchen den Krieg nicht, wir haben nur unsere Würde vor Augen.«

Befremdlich in diesen Erklärungen war zunächst, daß die französischen Minister, während sie selbst bekennen mußten, von den Verhandlungen noch nicht näher unterrichtet zu sein, sich doch zu einem so bestimmten, so rücksichtslosen Urtheil über dieselben berechtigt wähnten.

Befremdlich ist es nicht minder, daß die französische Regierung einerseits anerkennt, daß das spanische Volk allein in voller Ausübung seiner Souveränetät über die Thronfrage zu entscheiden habe, andererseits aber ein legitimes Recht für sich in Anspruch nimmt, eine Lösung der spanischen Thronfrage, welche den vermeintlichen Interessen Frankreichs widerspreche, selbst mit Waffengewalt zu hindern.

Eine völlig willkürliche Behauptung ist es, daß eine fremde Macht, daß Preußen den Prinzen Hohenzollern auf den spanischen Thron setzen wolle, während es keinem Zweifel unterliegt, daß die Verhandlungen mit dem Prinzen Leopold aus dem völlig freien und selbstständigen Entschlusse der vom spanischen Volke bevollmächtigten Staatsmänner hervorgegangen sind, und daß einzig und allein das spanische Volk „in voller Ausübung seiner Souveränetät über die Thronfrage entscheiden" soll und wird, — daß dagegen irgend eine Mitwirkung, irgend ein Einfluß der preußischen Politik der freien Entschließung der Spanier völlig fremd geblieben ist.

Es ist endlich ganz sinnlos, wie durch die Kandidatur des Prinzen von Hohenzollern, welcher nirgends sonst ein Erbrecht auf einen Fürstenthron besitzt und mit dem preußischen Königshause nicht in eigentlich verwandtschaftlichen Beziehungen steht, das Gleichgewicht Europa's bedroht sein soll, während gegen die früheren Kandidaturen zweier italienischer Prinzen, des Herzogs von Aosta und des Herzogs von Genua, denen die Erbfolge im Königreiche Italien offen steht, jener Einwand nicht erhoben worden ist, es ist nicht minder sinnlos, wenn die Ehre und das Interesse Frankreichs dadurch für verletzt erklärt werden, daß ein Prinz, der mit dem Kaiser der Franzosen zwiefach verwandt ist, den spanischen Thron besteigen sollte, während gegen die Kandidatur des Herzogs von Montpensier, welche in Wahrheit eine Gefahr für das jetzige Frankreich werden könnte, ein Widerspruch nicht erhoben worden ist.

Das Befremdlichste von Allem aber ist, daß eine Regierung, welche bis dahin mit Spanien und mit Preußen in freundschaftlichen Beziehungen zu stehen und auf diese Werth zu legen schien, auf jene haltlosen und nichtigen Gründe hin einen Ton gegen diese beiden Staaten anzuschlagen für gut findet, welcher in der eigenen Landesvertretung ohne Weiteres als Kriegsdrohung aufgefaßt und bezeichnet wird.

Wenn aus dem Allen die Vermuthung entstehen mußte, daß die spanische Frage weniger der Grund, als nur der Vorwand zu dem plötzlichen Aufwallen einer feindseligen Stimmung gegen Deutschland war, so thaten die der französischen Regierung nahe stehenden Blätter vollends das Ihrige, um dieser Ansicht noch eine festere Begründung zu geben.

Eines der vertrautesten Blätter des jetzigen Ministeriums scheute sich nicht, Folgendes zu schreiben.

»Nachdem die preußische Regierung vier Jahre lang mit unserer Geduld und der Geduld ganz Europa's Mißbrauch getrieben, hat sie nun alle Grenzen überschritten. Wenn unsere Politik Spanien gegenüber eine gemäßigte sein muß, so stehen wir Preußen gegenüber ganz anders. Diese durch ihre ersten Erfolge in Selbsttäuschung versetzte Macht scheint sich das Uebergewicht und die Herrschaft in Europa anmaßen zu wollen. Es ist Zeit, solchem Anspruch ein Ziel zu setzen. Die Frage muß erweitert werden, und heute ist die Entsagung des Prinzen Leopold auf den spanischen Thron nicht mehr ausreichend. Das Wenigste, was wir verlangen müssen und was uns heute befriedigen kann, wäre die formelle Bekräftigung und die absolute Ausführung des Prager Friedens seinem Wortlaute und Geiste nach, d. h. die Freiheit der süddeutschen Staaten, die Räumung der Festung Mainz, welche zum Süden gehört, das Aufgeben eines jeden militärischen Einflusses jenseits des Mains und die Regulirung des Art. V. mit Dänemark. Dies sind die einzigen Garantien, welche uns befriedigen könnten, und wenn man sie uns nicht gewährt, so können unsere Forderungen nur größer werden.«

Diese Sprache läßt keinen Zweifel über die tieferen Beweggründe und Absichten, welche dem Verhalten Frankreichs zu Grunde liegen. Deutschland wird fortan wissen, worauf es bei seiner weiteren nationalen Entwickelung gefaßt sein muß!

Die Feier des 3. August.

Die Enthüllung des im Lustgarten zu Berlin errichteten Reiterstandbildes des hochseligen Königs Friedrich Wilhelm III. wird am hundertjährigen Gedächtnißtage der Geburt desselben, am 3. August d. J., stattfinden.

Es ist der Wunsch Sr. Majestät unseres Königs, daß das preußische Volk, welches, dem Rufe Friedrich Wilhelms III. folgend, heldenhaft die Unabhängigkeit wieder errungen hat und seiner landesväterlichen Regierung das Emporblühen aus schweren Leiden zu geistiger und äußerer Wohlfahrt verdankt, in der Erinnerung an jene große und segensreiche Epoche des Vaterlandes an der bevorstehenden Feier würdigen Antheil nehme. Es soll nicht blos den einzelnen Provinzen, sondern auch den einflußreichen Korporationen, den größeren Städten, Universitäten u. s. w. Gelegenheit gegeben werden, ihr dankbares Andenken an den gerechten König durch Abordnung von Deputirten zu der Feier zu bekunden.

Die neuen Provinzen sollen von der Feier nicht ausgeschlossen sein, weil an den Freiheitskriegen auch Hannover und Hessen einen erheblichen Antheil gehabt haben, und weil es wichtig erscheint, die deutsche Bedeutung jener großen Zeiten zu wahren. An sie knüpft sich das Wiedererwachen wahrhaft deutschen Sinnes und deshalb können alle Provinzen, auch Schleswig-Holstein, mit Freuden an der Einweihung des Denkmals, als eines Wahrzeichens jener bedeutungsvollen vaterländischen Epoch-, Theil nehmen.

Unser König hat in der letzten Woche, ungeachtet seiner Kur, eine überaus angestrengte Thätigkeit zu üben gehabt. Täglich hatte der Monarch, abgesehen von den regelmäßigen Militär- und Civilvorträgen, wiederholte Konferenzen mit dem in Ems anwesenden Botschafter des Norddeutschen Bundes in Paris, Baron von Werther, mit dem französischen Botschafter, Grafen Benedetti, so wie mit dem Vertreter des auswärtigen Amtes, dem Wirklichen Geheimen Legations-Rath Abeken, und unterhielt nach allen Seiten eine umfangreiche schriftliche und telegraphische Korrespondenz.

Die Nachricht von einer im Laufe dieses Monats bevorstehenden Reise Ihrer Majestät der **Königin** nach der Provinz Preußen beruht auf einem Irrthum. Eine solche Reise, welche im vorigen Sommer allerdings beabsichtigt war, steht für jetzt nicht in Aussicht.

Der Bundeskanzler Graf Bismarck war Angesichts der Dringlichkeit der politischen Verhältnisse von Sr. Majestät dem Könige nach Ems beschieden worden, um über die wünschenswerthe Einberufung des Reichstages Vortrag zu halten. Graf Bismarck folgte, indem er die begonnene Karlsbader Kur unterbrach, unverweilt dem Rufe des Königs und traf am Dienstag Abend von Varzin in Berlin ein, wo er sofort eine Besprechung mit dem Kriegs-Minister und dem Minister des Innern hatte, und am Mittwoch früh die Reise nach Ems fortzusetzen beabsichtigte. Nachdem jedoch am Abend ein Telegramm der Botschaft in Paris hier eingegangen war, nach welchem der dortige spanische Gesandte dem Herzog von Gramont amtlich den Verzicht auf die hohenzollernsche Kandidatur angezeigt hat, gab Graf Bismarck unter den veränderten Umständen die weitere Reise nach Ems auf und gedachte heute nach Varzin zurückzukehren.

Der Minister des Innern Graf zu Eulenburg hat sich zu Sr. Majestät dem Könige nach Ems begeben.

Verantwortlich: E. Liebtke in Berlin.

Berlin, Druck und Verlag der Königlichen Geheimen Ober-Hofbuchdruckerei (R. v. Decker).